

Coronavirus

Eigentlich soll es in Berlin um die Corona-Regeln in Deutschland gehen. Die Gruppe aus mehreren Hundert Menschen, die am Samstagvormittag vor der US-Botschaft auf dem Pariser Platz steht, hat jedoch offenkundig anderes im Sinn. Immer wieder rufen die Demonstranten dort im Chor das Wort „Friedensvertrag“. Sie schwenken Fahnen des Deutschen Kaiserreichs, der USA und Russlands. Eine Frau hält eine Wahlkampffahne für Donald Trump vor ihren Körper.



Es sind Reichsbürger und Anhänger der Qanon-Verschwörungserzählung, die sich hier vor dem Brandenburger Tor versammelt haben. Menschen, die fest daran glauben, dass Deutschland noch immer von den Alliierten besetzt und kein souveräner Staat sei – und außerdem nicht einmal einen Friedensvertrag habe. Vor der US-Botschaft fordern sie deshalb die Unterzeichnung eines solchen.

Diese Reichsbürger sind unter den laut Polizeiangaben 38 000 Demonstrierenden, die sich in der Hauptstadt versammelt haben, nur eine Minderheit. Und doch sind sie am sichtbarsten. Zusammen mit Tausenden weiteren sorgen sie außerdem dafür, dass sich fast alle Sorgen der vergangenen Wochen bestätigen: kein Mindestabstand unter den Demonstrierenden und Demonstranten, keine Masken. Dafür rechtsextreme Ideologie, Aggression und Gewalt.

Während vor der US-Botschaft noch an die vermeintlichen Besitzer appelliert wird, soll fast zwei Kilometer weiter am Ende der Friedrichstraße der offizielle Demonstrationzug beginnen. Tausende Menschen strömen vom Brandenburger Tor dorthin, füllen die Straßen. Sie tragen Protestschilde gegen Corona-Verordnungen und Mundschutzmasken, gegen Impfungen, Gesundheitsminister Jens Spahn und den Multimilliardär und Philanthropen Bill Gates. Wie bereits auf der ersten großen Corona-Demo der Initiative Querdenken in Berlin am 1. August fügen sich all diese Menschen zu einem ungewöhnlich bunten Bild zusammen: Bürgerlich wirkende ältere Männer und Frauen laufen hier neben Hippies mit Trommeln und Räucherstäbchen. Neben bunten Friedensfahnen wehen Reichsflaggen und nicht weit entfernt von den Trommlern finden sich vorbestrafte Neonazis und Holocaustleugner.

Viele der Demonstranten eint der Glaube an Verschwörungserzählungen, nicht nur rund um die Corona-Pandemie. Noch mehr von ihnen eint die Aversion gegen den Mund-Nasen-Schutz. Als die Friedrichstraße mit Demonstranten gefüllt ist, die auf den Start ihre Zuges durch das Berliner



Laut Polizei gingen am Samstag in Berlin rund 38 000 Menschen auf die Straße.

KAY NIETFIELD/DPA



Vor der versuchten Stürmung: Mit der Reichsflagge vor dem Reichstag.

FABIAN SOMMER/DPA

Verstörende Szenen

Missachtung der Hygieneregeln, Gewalt gegen Polizisten und ein versuchter Sturm auf den Reichstag: Unter den Teilnehmern der Berliner Corona-Demonstration sind erneut zahlreiche Neonazis und Reichsbürger / Von Felix Huesmann

Zentrum warten, interveniert schließlich die Polizei. Die Frauen und Männer halten keinen Mindestabstand. Deshalb darf die Demonstration nur laufen, wenn die Teilnehmer einen Mundschutz tragen. Nach zahlreichen Durchsagen von den Lautsprecherwagen der Demoveranstalter ist jedoch klar: Kaum jemand ist hier gewillt, den Aufforderungen nachzukommen. Die Polizei löst die Demonstration deshalb am Mittag auf und fordert die Protestler mehrfach auf, sich zu entfernen. Einige lassen sich von den Beamten wegtragen, immer wieder kommt es zu aggressivem Widerstand.

Nach und nach verlassen jedoch immer mehr Menschen die Friedrichstraße und strömen in Richtung Siegessäule. Dort, auf der Straße des 17. Juni, soll die große Kundgebung des Tages stattfinden. Auch dort wird das Abstandsgebot immer wieder nicht eingehalten. Die Kundgebung kann jedoch ohne polizeiliche Intervention bis in den Abend hinein stattfinden.

Auf halbem Weg dazwischen kommt es dann am Nachmittag zur ersten großen Eskalation des Tages. Wieder sind es Reichsbürger und Neonazis, die für Aufsehen sorgen. Der Schauplatz liegt dieses Mal jedoch vor der russischen Botschaft. Etwa 3000 Menschen versammeln sich dort laut Polizeiangaben. Sie rufen „Putin, Putin“ und fordern erneut einen „Friedensvertrag“ für Deutschland. Friedlich sind diese Demonstranten jedoch nicht: Als die Polizei sie immer und immer wieder auffordert, den Bereich zu verlassen, werden die Beamten aus der Menge mit Glasflaschen beworfen. Die Polizisten versprühen ihrerseits Pfefferspray, nehmen in den darauffolgenden Stunden mindestens 200 Menschen vor der Botschaft fest.

Gewaltausbrüche vor der russischen Botschaft

Insgesamt werden bis zum frühen Abend 300 Menschen bei den Demonstrationen festgenommen, wie der Berliner Innensenator Andreas Geisel auf einer Pressekonferenz berichtet. Darunter ist auch der Kochbuchautor und Verschwörungsideologe Atila Hildmann, der zunächst auf einer Bühne vor dem Reichstagsgebäude aufgetreten war und sich dann ebenfalls unter die rechtsextreme Menge vor der russischen Botschaft mischte.

Am frühen Samstagabend ist klar: Die Sorgen der vergangenen Wochen haben sich bewahrheitet. Jene Sorgen, die die Berliner Polizei zum Verbot der Demos veranlasst hatten – das im Anschluss jedoch von zwei Gerichten verworfen wurde. Die Polizei, die mit rund 3000 Beamten aus mehreren Bundesländern im Einsatz ist, schafft es über weite Strecken nicht, der Lage Herr zu werden. In den sozialen Medien und

BANNMEILE

In unmittelbarer Nähe zu Bundestag, Bundesrat und Bundesverfassungsgericht ist das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit eingeschränkt. Ob „Bannmeile“, „Bannkreis“ oder „Befriedeter Bezirk“ – nach Angaben der Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestags meint das alles: „Bezirke, innerhalb derer öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel grundsätzlich verboten sind“.

Geregelt ist dies im Gesetz über befriedete Bezirke für Verfassungsorgane des Bundes (BefBezG). In den genau mit Straßennamen definierten Zonen soll das grundsätzliche Versammlungsverbot, die Arbeits- und Funktionsfähigkeit des Deutschen Bundestags, des Bundesrats und des Bundesverfassungsgerichts sichern.

Doch es gibt Ausnahmen: Versammlungen sind zuzulassen, wenn die Arbeit der demokratischen Organe nicht beeinträchtigt werden, wie beispielsweise beim Bundestag in dessen sitzungsfreien Wochen.

Beantragt werden muss eine öffentliche Versammlung in einer Bannmeile mindestens sieben Tage im Voraus – schriftlich, elektronisch oder zur Niederschrift beim Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Das Ministerium entscheidet im Einvernehmen mit dem Präsidenten des betroffenen Verfassungsorgans. Wer ohne Genehmigung demonstriert oder dazu aufruft, begeht eine Ordnungswidrigkeit, die mit bis zu 20 000 Euro geahndet werden kann.

Das Bundesverfassungsgericht hat das Verbot eines Protestcamps von Gegnern der Corona-Politik in Berlin bestätigt. Das teilte das Gericht am Sonntagabend mit. Die Dauermahnwache war vom 30. August bis zum 14. September auf der Straße des 17. Juni geplant, die durch den Tiergarten zum Brandenburger Tor führt und am Rand des Regierungsviertels liegt. dpa

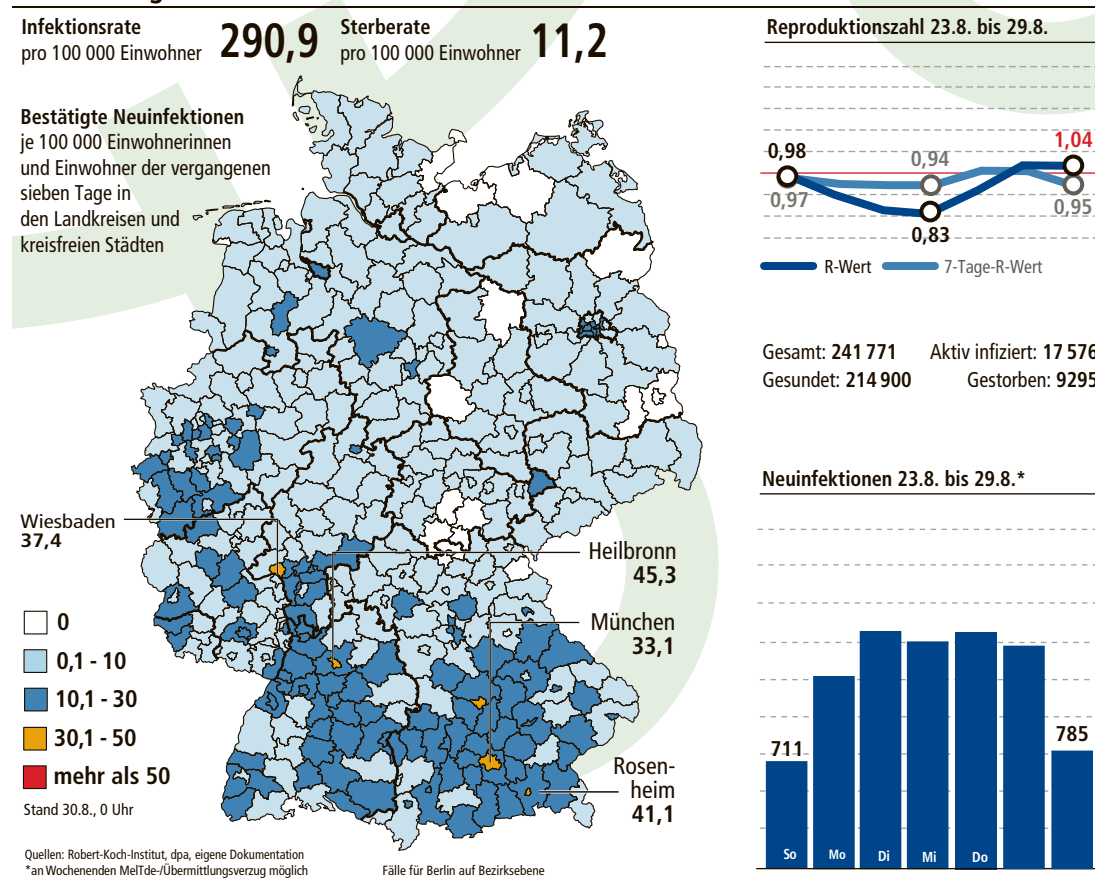
in Chatgruppen hatten Rechtsextreme schon seit Wochen zu den Protesten mobilisiert. Nach dem Demoverbot durch die Berliner Polizei mehrten sich auch Aufrufe zu Gewalttaten – am Sonntag zählt die Polizei in ihren Reihen fast drei Dutzend Verletzte. „Eine solche Politik darf nicht länger das Ruder halten und muss abgesetzt werden“, heißt es in einer von vielen rechtsextremen Gruppen in der Messenger-App Telegram. „Notfalls auch mit Gewalt (...)“. Einige Zeilen weiter ist in der Nachricht von einer Pflicht des deutschen Volkes die Rede, „den Reichstag zu stürmen und das Politikergesindel dort zu entfernen“.

Plötzlich klettern Dutzende über die Absperrgitter

Genau das versuchen Demonstrierende gegen 19 Uhr am Samstagabend. Sie haben sich zwischen Polizeiabsperrungen vor dem Reichstagsgebäude versammelt. Plötzlich klettern Dutzende über die Absperrgitter, stürmen auf die Treppe des Reichstagsgebäudes. Unter den Letzern „Dem Deutschen Volke“ schwenken sie Reichsfahnen, jubeln und skandieren lautstark Parolen.

Die Polizei prescht schließlich vor, versprüht Pfefferspray und treibt die Menge zurück. Die parlamentarische Demokratie bringt dieser Angriff nicht aus den Fugen. Dennoch: Es sind Szenen, die es eigentlich nicht geben dürfte – und von denen sich die rechtsextremen Hasser der Demokratie noch lange genüsslich erzählen werden.

Entwicklung von Corona in Deutschland



„Unerträglicher Angriff“

Politik reagiert mit Wut und Entsetzen auf die Vorfälle von Berlin

VON TOBIAS PETER

Reichsflaggen und rechtsextreme Pöbeleien vor dem Deutschen Bundestag sind ein unerträglicher Angriff auf das Herz unserer Demokratie. Das werden wir niemals hinnehmen.“ Mit diesen Worten bezog Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am Sonntag unmissverständlich Stellung zu dem, was bei Protesten gegen die Corona-Politik passiert ist. Das Staatsoberhaupt dankte zugleich den Polizisten, die in der schwierigen Lage am Samstagabend äußerst besonnen gehandelt hätten.

Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) sagte: „Nach diesen Szenen sollte der Letzte verstanden haben, dass es auch Grenzen des Anstands gibt, wie weit man mitträgt, wer mit einem mitläuft.“ CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer sagte: „Ich bin richtig wütend.“ Die Vorfälle vor dem Reichstag seien nicht hinzunehmen.

SPD-Chef Norbert Walter-Borjans warb für einen verstärkten politischen und gesellschaftlichen Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus. „Das Demonstrationsrecht ist eine Säule unserer freiheitlichen Demokratie“, sagte er dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND). Dass es nur in rechtssicher begründeten Ausnahmefällen und nur kurzzeitig einge-

schränkt werden dürfe, verstehe sich von selbst. „Das Demonstrationsrecht ist aber kein Freibrief für Missachtung des Parlaments und rechtsextreme Hetze“, setzte der SPD-Chef hinzu.

„Die Veranstalter, aber auch bürgerliche Mitmarschierer, können sich nicht auf die Sorge um bürgerliche Freiheiten berufen, wenn sie mit gewaltbereiten Rechtsradikalen, Reichsbürgern und Antisemiten im gleichen Demonstrationzug protestieren“, sagte Walter-Borjans.

Der Vorstand der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main äußerte sich ähnlich: „Es ist eben nicht egal, mit wem man mit- oder wem man hinterherläuft. Eine solche Ignoranz darf man sich nicht leisten.“ Die Corona-Krise dürfe nicht dazu führen, dass Antisemiten und Rassistenauftrieb gegeben werde.

Aufarbeitung gefordert

Die FDP dringt indes – wie auch Bundestagspräsident Schäuble – darauf, dass die Vorkommnisse aufgearbeitet werden müssten.

Der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Bundestagsfraktion, Marco Buschmann, kritisierte die Behörden. „Ich persönlich fand es unerträglich, die Reichsflaggen auf den Stufen des Parlaments zu sehen“, sagte er dem RND. „Das Verhalten der Berliner Behörden wirkt auf mich insofern widersprüchlich,

als sie zuerst Versammlungen pauschal und präventiv verbieten wollten, dann aber nicht die Bannmeile um das Parlament effektiv abgeschirmt haben“, setzte er hinzu.

Berlins Innensenator Andreas Geisel (SPD) verwies wiederum darauf, dass die Behörden zuvor erfolglos versucht hätten, die Demonstration zu verbieten. Leider sei „genau das eingetreten, was die Sicherheitsbehörden zuvor befürchtet hatten“.

Als Grund für die Verbotsverfügung hatten die Behörden angeführt, dass durch die Ansammlung Zehntausender Menschen – vielfach ohne Abstand und Maske – ein zu hohes Gesundheitsrisiko für die Bevölkerung gegeben sei. Das habe bereits die Demonstration gegen die Corona-Politik am 1. August in Berlin gezeigt, bei der die meisten Demonstranten bewusst Hygieneregeln ignoriert hätten. Das Verbot hatte vor dem Oberverwaltungsgericht aber keinen Bestand.

Der Initiator der Demonstration und Kundgebung, Michael Ballweg von der Initiative Querdenken, distanzierte sich am Sonntag von den Demonstranten am Reichstag. Ballweg sagte: „Die haben mit unserer Bewegung nichts zu tun.“ Querdenken sei eine friedliche und demokratische Bewegung, Gewalt habe da keinen Platz. mit dpa, FR

CORONA-NACHRICHTEN

Gripeschutzimpfung für Kinder: Deutsche Kinderärzte raten Eltern dringend, ihre Kinder in diesem Herbst gegen Grippe impfen zu lassen. „Wir wissen, dass Kinder den Influenzavirus maßgeblich übertragen“, sagte Johannes Hübner, der Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Pädiatrische Infektiologie, der „Welt am Sonntag“. Abgesehen von den Risiken für die Gesundheit der Kinder gebe es in Corona-Zeiten eine gesellschaftliche Verpflichtung zum Schutz anderer.

Erster Karnevalszug abgesagt: Der „Zollstocker Dienstagszug“ ist in Köln als erster Karnevalszug der kommenden Session abgesagt worden. Man könne es den beteiligten Schulen und Kindergärten gegenüber nicht verantworten, noch länger mit einer Entscheidung zu warten, teilte Vorstandsmitglied Michael Siegenbrück mit.

Besser lüften: Die Bundesregierung will die Vorgaben für Lüftungsanlagen in öffentlichen Gebäuden und Unternehmen offenbar verschärfen. „Die Lüftung von Gebäudeinnenräumen, in denen sich mehrere Personen nicht nur kurzfristig aufhalten, ist insbeson-

dere durch Erhöhung von Luftwechsel und Außenluftzufuhr so zu verbessern, dass Infektionsgefahren weitgehend minimiert werden“, heißt es dem Nachrichtenportal „The Pioneer“ zufolge aus dem Arbeitsministerium.

Zum zweiten Mal infiziert: Wissenschaftler haben eine erneute Corona-Infektion eines bereits seit längerem genesenen Patienten in den USA nachgewiesen. Dies zeige, dass die Immunität nach einer Infektion nicht absolut sei und Mehrfachansteckungen möglich seien, hieß es in einer entsprechenden Studie. Auch Forscher in Ecuador berichteten am Wochenende vom Nachweis einer erneuten Corona-Infektion bei einem ursprünglich von der Krankheit Genesenen.

Neue Rekordzahl: Indien hat am Sonntag die bislang weltweit höchste Zahl an Corona-Neuansteckungen gemeldet: Das Land verzeichnet 78 761 neue Covid-19-Fälle binnen 24 Stunden, wie der „Indian Express“ berichtete. Landesweit stiegen die Infektionen auf mehr als 3,5 Millionen. Indien ist nach den USA und Brasilien am schlimmsten betroffen. afp/dpa/epd/kna